

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Mündliche Frage Ausschuss IV 06.10.2021

• **806. Frage von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zu Menschenrechten in Altenheimen**

In meiner mündlichen Frage vom 17. März 2021¹ hatte ich die Regierung zur Situation in den Altenheimen befragt. Anlass war, dass nicht weniger als elf Menschenrechtsorganisationen dringende Maßnahmen zur Einhaltung der Menschenrechte in den Alten- und Pflegeheimen forderten.²

In einem Kommuniqué stellten die Organisationen fest, dass die Alten- und Pflegeheime während der Krise vergessen wurden. Sie kritisierten den Mangel an Personal und die Nicht-Einhaltung des Wohlbefindens und der Würde der älteren Menschen. Oft seien über den Kopf der Senioren hinweg, unangebrachte Maßnahmen getroffen worden.

In seiner Antwort verwies der Minister darauf, dass die Situation in Ostbelgien eine andere sei als die im Inland. Obschon sich Einzelne an die Regierung wandten, um auf Missstände hinzuweisen, konnte man ausgehend von der Antwort des Ministers verstehen, dass die Lage in den ostbelgischen insgesamt befriedigend sei, da es ein Beschwerdemanagement gäbe und die Einhaltung der Menschenrechte in den ostbelgischen Wohn- und Pflegezentren dekretal verankert sei.

Jetzt - in halbes Jahr später- berichtet das Grenzecho³, dass das Zentrum für Chancengleichheit und für Rassismusbekämpfung (Unia) einen Untersuchungsbericht vorgelegt hat, der erneut die Menschenrechte der Bewohner von Pflegeheimen thematisiert.

„Die Maßnahmen zum Schutz der kollektiven Gemeinschaft seien auf Kosten der individuellen Rechte der Heimbewohner gegangen, so Unia. Dadurch sei die Isolation vieler Bewohner noch verstärkt worden, hieß es. Bewohner von Pflegeheimen wurden während des Lockdowns (manchmal sogar gewaltsam) eingesperrt, weil sie aufgrund ihres Alters als besonders gefährdet galten, so die Unia. Aber durch diese Konzentration auf die medizinische Schwachstelle wurde die Person hinter dem Bewohner vergessen. Die auferlegten Beschränkungen stellten daher die Individualität der Bewohner in Frage. Das Zentrum kritisiert in diesem Zusammenhang hauptsächlich politische Entscheidungen. Demnach seien die Folgen der schwerwiegen den Maßnahmen im Vorfeld nicht ernsthaft genug analysiert worden“ schreibt das Grenzecho

¹ Vgl. Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 18, (2020-2021), Frage Nr. 577, S. 105-108,

² <https://brf.be/national/1466026/>

³ Grenzecho, 1.10.2021, S. 4

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Hierzu meine Fragen:

- *Hat die DG-Regierung mit UNIA Kontakt aufgenommen, um zu erörtern, ob diese zum Teil schwerwiegenden Vorwürfe zu erörtern und bezüglich Ostbelgien zu relativieren?*
- *Liegen der Regierung oder der Inspektion der Seniorenheime Beschwerden ähnlicher Art – wenn auch vereinzelt - vor?*
- *Wie reagiert die DG Regierung darauf?*

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

• **806. Antwort des Ministers Antoniadis auf die Frage von Frau HUPPETZ (CSP) zu Menschenrechten in Altenheimen**

Zwei Mitarbeiterinnen des Ministeriums wurden rund zwei Stunden interviewt. Es gab also einen Austausch mit der zuständigen Verwaltung. Allerdings gab es keine Analyse der Situation in den WPZS in der DG.

Ich habe zu der Situation in den Wohn- und Pflegezentren während des ersten und zweiten Lockdowns zahlreiche aktuelle und schriftliche Fragen beantwortet. Außerdem standen die Einrichtungen und auch ich selbst dem Sonderausschuss im Rahmen von Anhörungen wiederholt zur Verfügung.

Mir liegt es fern, die Situation im Inland zu bewerten. Ich kenne nicht alle Details der Maßnahmen vor Ort.

Wir haben die WPZS als absolute Priorität in der DG behandelt.

Es gab wöchentliche Sitzungen mit den Heimleitern.

Die Maßnahmen wurden gemeinsam und im Konsens getroffen.

Wir haben zeitig ausreichend Schutzmaterial zur Verfügung gestellt. Die Wohn- und Pflegezentren mussten sich, anders als das im Inland der Fall war, nicht selbst um das Schutzmaterial kümmern.

Wir haben Personal zur Verfügung gestellt und weitere Maßnahmen ergriffen.

Natürlich wurde der Ausgang für die Bewohner und der Zugang zu den Bewohnern zu bestimmten Zeitpunkten eingeschränkt. Dies hat der sanitäre Schutz erfordert.

VIZE-MINISTERPRÄSIDENT

**MINISTER FÜR GESUNDHEIT
UND SOZIALES, RAUMORDNUNG
UND WOHNUNGSWESEN**

ANTONIOS ANTONIADIS

Alles andere hätte das Leben der Bewohnerinnen und Bewohner gekostet.

Die Maßnahmen haben dazu beigetragen, dass in einigen Einrichtungen sogar weniger Menschen gestorben sind als in den anderen Jahren.

Es gab anfangs Probleme mit der Einhaltung der Abschiedsregelung im Palliativfall. Dies ist zu bedauern und wurde von den betroffenen Einrichtungen korrigiert.

Es gab vereinzelt auch Beschwerden über die Besuchs- und Ausgangsregelung.

Das alles ist dem Parlament bestens bekannt.

Das gilt auch für etwaige Schlussfolgerungen.